

A 11 / 088 / 2014



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD-Fraktion Ahrensburg

E: 08.12.14

Ahrensburg, den 5. Dezember 2014

Antrag: Der Finanzausschuss/die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Hebesatz der Grundsteuer wird für das Jahr 2015 auf 390% angehoben.

Begründung:

Der Haushalt der Stadt Ahrensburg für das Jahr 2015 ist nicht ausgeglichen.

Erneut, wie schon seit Jahren, schiebt die Stadt Ahrensburg wichtige Maßnahmen zum Ausbau und Erhalt der Infrastruktur und andere für die Stadtentwicklung wichtige Projekte vor sich her, um einen ausgeglichenen Haushalt ohne Steuererhöhungen zu erreichen.

Die Aufwendungen zur Instandhaltung der Straßen und Wege sind seit langem nicht auskömmlich mit der Folge, dass die Straßen aufgrund von Oberflächenschäden immer maroder werden. Teilweise können sie nicht mehr repariert werden, so dass nur noch eine Totalsanierung Abhilfe schaffen kann. Im Falle der Totalsanierung müssen Hauseigentümer mit der erneuten Erhebung von Anliegergebühren in Anspruch genommen werden. Diese erhebliche Belastung der Privathaushalte, wäre vermeidbar, wenn nun endlich aus einem ausgeglichenen Haushalt die notwendigen Beträge für die Sanierung der Straßen bereitgestellt werden könnten.

Radwege werden nicht im erforderlichen Umfang saniert oder ausgebaut, weil die nötigen Mittel im Haushalt fehlen. Im vergangenen Jahr hat die Stadt Ahrensburg gerade einmal 150 m Radweg neu gebaut, obwohl zur Bewältigung und Entzerrung des Verkehrsaufkommens gerade das Fahrrad als alternatives Fortbewegungsmittel zum Auto dringend gefördert werden muss. Andere Städte haben das längst erkannt und sind mit Ihren Infrastrukturmaßnahmen deutlich voraus.

In den Schulen werden seit Jahren immer wieder Aufwendungen für den Erhalt, den Ausbau und die Ausstattung der Schulräume zurückgestellt, weil die nötigen Mittel im Haushalt fehlen.

Menschen mit mittlerem Einkommen können sich die Wohnungsmieten in Ahrensburg nicht mehr leisten und weichen in Umlandgemeinden aus. Das führt zu vermehrtem Verkehrsaufkommen durch Pendlerverkehr in der Stadt. Die ohnehin maroden Straßen werden zusätzlich belastet. Die Verkehrssituation in der Stadt in den Hauptverkehrszeiten erreicht Grenze der Zumutbarkeit.

Darüber hinaus wird die Stadt für Unternehmen und Investoren unattraktiv, weil Pendler die Unternehmen zusätzlich mit Fahrkosten für ihre Arbeitnehmer belasten. Ein ungleich höherer Nachteil für die Unternehmen als ein höherer Hebesatz für die Gewerbesteuer. Das bedeutet ein Investitionshemmnis ersten Ranges.

Die Stadt verfügt über zu wenig Mittel um die Förderung bezahlbaren Wohnraumes in Angriff zu nehmen.

Last but not least schiebt die Stadt Ahrensburg seit Jahren ihre Zustiftung zum Schloss hinaus. Das Innenministerium hat in der Vergangenheit diese Zustiftung sogar untersagt, weil der Haushalt der Stadt Ahrensburg nicht ausgeglichen ist und Möglichkeiten die Einnahmeseite der Stadt durch Steuererhöhungen insbesondere im Bereich der Gewerbesteuer sowie der Grundsteuer unterblieben sind. Durch dieses Verhalten gefährdet die Stadt mittelfristig den Bestand der Stiftung und damit den Erhalt des Ahrensburger Schlosses.

Für die SPD-Fraktion

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Reuber', with a stylized, flowing script.

Achim Reuber